

Ausführlicher Bericht über die Sachgeschäfte der Synode vom 25. November 2019 in Weinfelden:

Reformierte Medien dominieren Debatte in der Synode

Die Landeskirche verbleibt im Verein Reformierte Medien und wirkt als Mitglied auf dessen Integration unter das Dach des SEK hin. Die Finanzen sind im Lot. Der Kirchenrat beantwortete eine Interpellation zur kantonalen Nothilfestrategie im Asylwesen und eine zur Konzernverantwortungsinitiative. Am Laufen ist eine Petition zu bedrängten Christen.

Das von der Herbstsynode genehmigte Budget 2020 der Evangelischen Landeskirche des Kantons Thurgau rechnet bei einem Aufwand von 6,37 Mio. und einem Ertrag von 6,41 Mio. Franken mit einem Ertragsüberschuss von 37'447 Franken. Den Zentralsteuerfuss setzte die Synode unverändert auf 2.5 Prozent fest.

Nach über einstündiger Diskussion, vier Anträgen und Gegenüberstellung in fünf Abstimmungsgängen entschied die Synode mit grossem Mehr, dass die Thurgauer Landeskirche weiterhin Mitglied bei den Reformierten Medien (RM) bleibt. Im Grundsatz folgte sie damit dem Antrag des Kirchenrats, ergänzt um die von der Geschäftsprüfungskommission (GPK) der Synode beantragte Konkretisierung, dass sich der Kirchenrat mit Nachdruck dafür einsetzt, die RM in den Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund (SEK) zu integrieren. Das Kommunikationsunternehmen für Deutschschweizer Kirchen gibt das Magazin brief heraus, betreibt das online-Portal ref.ch und arbeitet bei kirchlichen Radio- und TV-Produktionen mit SRF zusammen. Vorstandspräsident Christoph Weber Berg verfolgte die Debatte von der Zuschauertribüne. Ihm bot sich mit den rund 20 Wortmeldungen ein authentisches Stimmungsbild mit kritischen Voten aus der Thurgauer Mitgliedskirche. Die Spanne lag zwischen fehlender Kirchennähe (Pfarrer Guido Hemmeler, Altnau) elitär statt praxisorientiert (Pfr. Gottfried Spieth, Diessenhofen), Erhalt der Medienvielfalt (Christian Lohr, Kreuzlingen), Stolz auf reformierten Föderalismus (Christina Aus der Au, Frauenfeld) und Beitragsentzug falls nicht dem SEK unterstellt (Beat Näf, Neukirch an der Thur).

Weber-Berg dürfte aus der Diskussion den klaren Auftrag mitnehmen, die Schiefelage des Haussegens zwischen SEK und RM ins Lot zu bringen. Dabei dürfte ihm das Votum von Pfarrer Paul Wellauer, Bischofszell, nachklingen, der den - im Grundsatz angenommenen - Antrag des Kirchenrats als Versöhnungsakt sieht.

Interpellation „Nothilfe und Menschenwürde“

Seit der Thurgau zum Ausschaffungskanton wurde, sorgen sich Hans Peter Niederhäuser aus Weinfelden und 20 Mitunterzeichnende um die Menschenwürde von abgewiesenen Asylbewerbern. Sie wollten vom Kirchenrat wissen, wie er sich aus ethisch-christlicher Sicht zur kantonalen Nothilfe-Strategie und zur Tätigkeit der Peregrina-Stiftung stellt und wie er die erschwerte Freiwilligenarbeit in den Kirchgemeinden unterstützen möchte. In seiner Antwort betont der Kirchenrat, dass er in der Tätigkeit der Peregrina-Stiftung keine Doppelrolle sieht, da nach wie vor die Unterkunft und Betreuung von Asylsuchenden und anerkannten Flüchtlingen zur Hauptaufgabe gehört. Wo die Stiftung bei ausreisepflichtigen Asylbewerbern mit Negativentscheid an der Umsetzung der kantonalen Nothilfestrategie mitbeteiligt ist, setzen sich die Peregrina-Stiftung und die Landeskirchen als Stiftungsmitbeteiligte im Rahmen der staatlichen Asylgesetzgebung dafür ein, dass die Menschenwürde geachtet werde. Er sieht wohl Verbesserungspotential, doch die kantonale Nothilfe-Strategie pauschal als „nicht menschenwürdig“ einzuschätzen, liegt dem Kirchenrat fern.

Niederhäuser verteidigte seine Kritikpunkte. Sie zielten nicht gegen den Vollzug an

sich, sondern gegen die Art und Weise, wie der Vollzug aufgrund der kantonalen Nothilfe-strategie durchgesetzt würde: „Es ist stossend, wie diese Feigenblattstrategie systematisch darauf abzielt, mit möglichst geringem administrativem Aufwand eine möglichst hohe Ausreisewilligkeit zu schaffen.“ Niederhäuser betont, dass er aus der allgemein formulierten Antwort, wonach der Kirchenrat bei allen aufgeworfenen Fragen gewissen Handlungsbedarf sieht, ein konkretes Pflichtenheft heraushört, das sich der Kirchenrat auferlegt habe. Weiter erwartet er, dass die Synode informiert wird über die Resultate der Gespräche, die der Kirchenrat mit dem katholischen Kirchenrat führen will.

Interpellation zur Konzernverantwortungsinitiative

In seiner Interpellation zur Konzernverantwortungsinitiative KoVI wollte Pfarrer Jakob Bösch, Münchwilen-Eschlikon, vom Kirchenrat wissen, in welcher Form er mit Blick auf die kirchliche Verantwortung - das "Wächteramt" - Stellung zur KoVI bezieht und was er vorsieht, um die Initiative in Kirchgemeinden und Öffentlichkeit bekannt zu machen. Der Kirchenrat teilt die Sicht des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbunds SEK, der sich im September 2019 für die Konzernverantwortungsinitiative ausgesprochen hat. Er lehnt es jedoch ab, bei eidgenössischen Abstimmungen Stellungnahmen im eigenen Namen zu verfassen und wird diesbezüglich grundsätzlich auf den Kirchenbund verweisen. Jakob Bösch wies noch einmal ausdrücklich darauf hin, dass die Initiative von zahlreichen kirchlichen Kreisen und über 100 Organisationen unterstützt wird. „Wenn ein akzeptabler Gegenvorschlag zustande kommt, zieht das Initiativkomitee, dem „Brot für alle“ angehört, die Initiative zurück.“

Weiter setzte die Synode aufgrund kantonalen Umstrukturierung das Stellenpensum für die Seelsorge im Kantonalgefängnis und im Massnahmenzentrum Kalchrain auf ein Gesamtpensum 15 bis 20 Stellenprozent fest und setzte eine Vorbereitungsgruppe für die Durchführung der Gesprächssynode am 31. August 2020 ein.

Petition für Schweizer Unterstützung von Christen im Irak

Fritz Wälchli, Amriswil, erläuterte das Anliegen seiner Unterschriftensammlung für eine Petition zugunsten der bedrängten und verfolgten Christen im Nordirak an den SEK. Mit einem Vorstoss auf nationalkirchlicher Ebene soll der SEK die offizielle Schweiz dazu bewegen, die bedrängten Christen im Irak moralisch und finanziell zu unterstützen. Die Petitionäre berufen sich auf das Beispiel der österreichischen Bundesregierung mit Kirchenvertretern, die damit ein Zeichen gegen das fehlende Interesse des Westens an der prekären Situation der Christen im Nordirak gesetzt und eine Spende von 1 Million Euro gesprochen hat.

Landeskirchliche Beauftragung von René Büchi

Pfarrer Harald Ratheiser, Arbon, leitete den Synodegottesdienst in der evangelischen Kirche in Weinfelden. Am Beispiel von Hiobs Leben und von wissenschaftlicher Glücksforschung regte zum Nachdenken über Glück an.

René Büchi wurde im Synodegottesdienst von Kirchenratspräsident Pfarrer Wilfried Bühler feierlich in den landeskirchlichen Dienst in der Beratungsstelle bei Arbeitslosigkeit eingesetzt. Die Mitglieder der Diakoniekommision stellten sich mit Fürbitten hinter ihn und zeigten, dass sie ihn und seine diakonische Arbeit mittragen. Seit Monatsanfang berät der Sozialarbeiter FH und Sozialdiakon an der Bahnhofstrasse 5 in Weinfelden Arbeitslose und begleitet sie auf Wunsch auch seelsorgerlich.

Die Gottesdienstkollekte zugunsten der Arbeit von Open Place in Kreuzlingen ergab 1060 Franken.

Brunhilde Bergmann